

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 75.—, Einzelnummer M. 15.—, Sonntagsausgabe M. 20.—.
Anzeigen-Preise. Die Spalte 17 mm breite Seite M. 3.—, außerhalb Sach'sens M. 4.—, Familienanzeigen und Kleinanzeigen unter Wochen leben weiteren Redakteur M. 2.—, Verlagspreise laut Text, Zusätzliche Gebühren gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle: Marienstr. 38/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt" in Dresden.
Pollich-Str. 1068 Dresden.

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachdruck: 20011.

Wachdruck nur mit beidseitiger Zustimmung des Verlegers. — Inverleibte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Phonota
Triphonola
eingebaut
in Klavisch und andere
Weltmarken

Auf Wunsch Literatur
Urteile

Hupfeld-Könisch

Ludwig Hupfeld A.-G.
24 Waisenhausstraße 24

Zahlungs-
bedingungen

Könischflügel
Könischpianos
von letzter Vollendung
adere prelowerte Qualitäts-
pianos: Oruneet u. a.

Das überfraktionelle Kabinett Cuno.

Der erneute Auftrag des Reichspräsidenten an Cuno.

Berlin, 20. Nov. Der Reichspräsident hat Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat dem Auftrag angenommen. Er beabsichtigt ein Geschäftministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe an Ende zu führen.

Beharrliche Ablehnung der Sozialdemokraten.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Nov. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich zur Frage der Kabinettsbildung dem gestrigen Beschluss des Reichstages angeschlossen.
Berlin, 20. Nov. Da die Sozialdemokraten nach wie vor jede Beteiligung an der Regierung ablehnen, hat Geheimrat Cuno eine Ministerliste für ein überfraktionelles Kabinett ohne die Sozialdemokraten aufgestellt, wozu sich auch Reichspräsident Ebert einverstanden erklärt haben soll. Die Namen, die Geheimrat Cuno auf seine Liste genommen hat, sind noch nicht bekannt. Es heißt nur, daß der bairische Demokrat Hamann Staatssekretär in der Reichskanzlei werden soll.

Die vermuthliche Zusammenfassung des Kabinetts Cuno.

Berlin, 20. Nov. (Priv. Meld.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist es eingetragenen Wahrscheinlich, daß von den früheren Ministern die Herren Braun als Arbeitsminister, Gehler als Reichswirtschaftsminister und Dr. Gerns als Reichsfinanzminister in dem neuen Kabinett erscheinen werden.
Nach der „Vossischen Zeitung“ werde auch Reichsernährungsminister Dr. Rehr der Regierung angehören. Neu eintreten würden nach dem Walle einige Parlamentarier, so Dr. Heine als Reichsjustizminister, die anderen Posten sollen von Nichtparlamentariern besetzt werden, und zwar das Finanzministerium, wenn Dr. Gerns nicht ermächtigt werden sollte, es in der neuen Regierung zu behalten, mit dem früheren preussischen Finanzminister Samisch, das Wirtschaftsministerium mit dem Direktor der Deutschen Werke Heinrich. Alle demokratischen Minister, die dem Kabinett Ebert angehört, sollen ausscheiden. Die neue Regierung werde voraussichtlich am Donnerstag vor dem Reichstag treten, um ihre parlamentarische Erklärung abzugeben. Man hoffe, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei dem Kabinett Cuno keine allzu großen Schwierigkeiten machen und es zunächst tolerieren werde.

Die Demokraten gegen Reichstagsauflösung.

Berlin, 20. Nov. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Nachmittags-Sitzung die Meinung ausgedrückt, daß der Gedanke einer Reichstagsauflösung sehr nicht zur Erörterung gestellt werden könne.
Zu der Möglichkeit des überparteilichen bürgerlichen Kabinetts wird der sozialistisch orientierten Delegation von unterrichteter Seite angegeben, daß, da die Vereinigten

Sozialdemokraten und die Kommunisten dagegen sein würden, das Kabinett etwa 195 Stimmen gegen sich und die etwa 197 Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei für sich hätte. Das Zentrum an der Spitze bildeten dann die Deutschnationalen. Schwierigkeiten hätten aber sofort entstehen, wenn die aus Paris erwartete Note einträte, der die Deutschnationalen nicht zustimmen könnten. Darüber könnte das Kabinett bereits kürzen. Aus diesem Grunde sei man im Zentrum auch sehr skeptisch und wolle nur aufklimmen, wenn kein anderer Weg offen bleibe. Einen gewissen Anhalt findet auch die Ansicht, daß die Auflösung des Reichstages schließlich den einzigen Ausweg aus der jetzigen Situation darstellen könnte, und man glaube, daß Cuno, falls ihm die Lösung der Aufgabe nicht gelingt, dem Reichspräsidenten einen dahingehenden Vorschlag machen dürfte.

Die Stellung der deutschnationalen Fraktion zum kommenden Kabinett.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Nov. Die deutschnationalen Fraktion war heute kurz vor der Plenarsitzung des Reichstages versammelt. Die Zielsetzung der Deutschnationalen zu dem kommenden Kabinett wird natürlich von dessen Zusammenfassung abhängen. Mit dem neuen Kabinett darf mit sozialdemokratischen Elementen durchgerechnet, so kann die Haltung der Partei ihm gegenüber keine andere sein, als die bisherige. Selbstverständlich ist, daß andererseits die Deutschnationalen Partei ein rein bürgerliches Ministerium willkommen heißen würde. Immerhin hängt natürlich alles von dem Programm der zukünftigen Regierung ab.
Für den Fall, daß es dem Kabinett Cuno nicht gelingen sollte, ein Kabinett auszubilden, war heute wieder davon die Rede, daß der Reichspräsident Dr. Ebert ein Kabinett mit der Kabinettsbildung beauftragen würde.

Eine Mahnung der sächsischen Industriellen.

Der Verband sächsischer Industrieller hat folgendes Telegramm an die bürgerlichen Reichstagsfraktionen gerichtet:
Die sächsische Industrie erwartet die jähe Beendigung der letzten politischen Krise, die das deutsche Wirtschaftsleben zur denkbar unangenehmsten Zeit betroffen hat und dringend notwendige wirtschaftliche Entscheidungen unheilvoll verzögert. Alles kommt darauf an, zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung im Reich zunächst selbst einen stabilen Kurs einzuschlagen. Männer zu berufen, die Vertrauen im Ausland besitzen, die auf Grund ihrer Erfahrungen und Leistungen Wirtschaftskrisen unter ardenen Gesichtspunkten zu behandeln und diesen Krisen alle Kräfte des Volkes gemeinsam denkwürdig zu machen wissen. Wir bitten die Parteien des Reichstages, in der schweren Not des Vaterlandes an diesem Werke mitzuhelfen und zwar rasch.

Das Ergebnis der oberschlesischen Nachwahlen zum Reichstag

Wahltag der bürgerlichen Parteien.

Berlin, 20. Nov. Am Sonntag fanden in Oberschlesien die Nachwahlen zum Reichstag und preussischen Landtag, sowie die Wahlen zum Provinziallandtag statt. Nachdem die ober-schlesische katholische Volkspartei ihre Wahlvorschlüsse zurückgezogen hatte, waren an den Wahlen nur noch acht Parteien beteiligt. Nach amtlicher Feststellung ist das Ergebnis der gestrigen Wahlen in Oberschlesien folgendes: Von 747 339 Wahlberechtigten wurden 500 707 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Demokraten 11 912, die Sozialdemokraten 73 260, das Zentrum 199 246, die Deutschnationalen 69 338, die Deutsche Volkspartei 87 260, die Deutschsozialen 22 191, die Kommunisten 33 924, die Polen 50 183 und die ober-schlesische katholische Volkspartei 23 Stimmen. Bei den Januar-Wahlen 1919 wurden in dem nunmehr deutsch gebliebenen Teile Oberschlesiens für die fünf am Wahlkampf beteiligten Parteien an Stimmen abgegeben für das Zentrum 290 000, für die Mehrheitssozialdemokraten 144 000, für die Unabhängigen 18 000, für die Demokraten 31 000, für die Deutschnationalen 31 000.

Die neuen Fraktionsstärken im Reichstag.

Berlin, 20. Nov. Infolge der Wahlen in Oberschlesien geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 469 auf 459 zurück. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Vereinigte Sozialistische Partei 173, Zentrum 68, Deutschnationalen Volkspartei 67, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 59, Bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 15, Bayerischer Bauernbund 4, Deutschsozialistische Gruppe 3, Deutschhannoversche Landespartei 2. In keiner Partei gehörig (Wedebour und Wegmann); zusammen 459. (W. T. V.)

Gemeindevahl-Ergebnisse in Westdeutschland.

Offenbach a. M., 20. Nov. Die Wahlresultate der Stadtverordnetenwahlen ergaben für die Deutsche Volkspartei 6 Sitze, Zentrum 5 Sitze, Haus- und Grundbesitzerliste 4 Sitze, Sozialdemokraten 20 Sitze, Demokraten 8 Sitze, Kommunisten 7 Sitze, Deutschnationalen 3 Sitze. — In Worms erhielten die Sozialdemokraten 14 statt 18 Sitze, die Kommunisten zum ersten Male 8 Sitze, die Demokraten 8 statt 5 Sitze, das Zentrum 5 statt 6 Sitze, die Deutsche Volkspartei 15 statt 12 Sitze, die Deutschnationalen zum ersten

Male 2 Sitze. Das Wahlergebnis bedeutet eine geringe Schwankung nach rechts.
Darmstadt, 20. Nov. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der hiesigen Stadtverordnetenwahlen entfielen auf die Deutschnationalen Volkspartei 6 Sitze (bisher 3), die Dringewerke- und Handwerkervereinsgruppe 3 (4), die Deutsche Volkspartei 3 (17), das Zentrum 3 (4), Mittelstand 0 (6), die Deutsche Demokratische Partei 5 (11), die Vereinigte Sozialdemokratie 20 (21) und die Kommunisten 3 (1). (W. T. V.)

Mainz, 20. Nov. Bei den gestrigen Stadtverordneten-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen ergab sich in Mainz und Worms eine beträchtliche Zunahme der Stimmen der Reichsparteien, die eine Anzahl Sitze gewonnen, die den Sozialdemokraten und teilweise den Demokraten verloren gingen. (W. T. V.)

Die Bedrohung der freien Religionsübung in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Nov. Nachdem der Landtag durch Weisung beschlossen hat, den Wahrung seines Charakters als staatlich anerkannter Feiertag zu entscheiden, fordert sowohl die evangelische Kirche wie der evangelische Landes-Eternbund ihre Kinder auf, ihre Kinder am Wahrungstag nicht in die Schule zu schicken. Das Staats- und Presseamt droht nun, daß Schüler höherer Lehranstalten, die am Wahrungstag nicht zur Schule kommen, von den höheren Lehranstalten des Landes ausgeschlossen werden würden, und daß gegen die Schüler der Volksschulen mit den Strafbestimmungen des neuen Freischaßgesetzes vorgegangen würde. Der Landes-Eternbund hat sich in letzter Stunde telegraphisch an das Reichsministerium des Innern gewandt. Das Reichsministerium des Innern hat darauf an das braunschweigische Ministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es davor warnt, gegen Lehrer und Schüler vorzugehen, die in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten der Schule fernbleiben.

Dollar (Amtlich): 6775
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6470

Unzulänglichkeiten des deutschen Parlamentarismus.

Wer die Kurzbewegung der ausländischen Zahlungsmittel in der abgelaufenen Woche näher verfolgt hat, konnte eine ebenso interessante wie lehrreiche Erscheinung feststellen, deren Kern darin bestand, daß trotz mehrfach vorhandener Gründe zur Steigerung der Devisenwerte und zur entsprechenden Herabdrückung der Mark der deutsche Markkurs sich ziemlich fest behauptete, weil das Erscheinen des Geheimrats Cuno auf der politischen Bildfläche allgemein der Hoffnung auf eine Besserung der innerpolitischen Lage einen Schwung nach oben gab. An sich war Anlaß genug zum Optimismus vorhanden. Der Reichsbankausweis brachte zwei fatale Überraschungen: den Rekord des Notenumlaufs in Höhe von 517 Milliarden Mark und das Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches auf 884 Milliarden; dazu kam eine Diskont-Erhöhung auf 10 Proz. Nimmt man hinzu den Rücktritt der Reichsregierung und die Drohrede Poincaré, so hätte man nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung einen weiteren merklichen Sturz der Mark erwarten dürfen. Alle diese Momente aber, die bei alleiniger Wirkung einen steigenden Einfluß auf dem Devisenmarkt hätten hervorrufen müssen, konnten sich nicht voll zur Geltung bringen, erhielten vielmehr ein starkes Gegengewicht in der Beibehaltung des Vertrauens auf eine Erleichterung der deutschen Lage im Innern sowohl wie nach außen hin, wie es mit dem Auftreten des Geheimrats Cuno verknüpft war. Infolgedessen wurden die berufsmäßige Spekulation ebenso wie das Devisenhandwerk unglücklich; beide „befürchteten“ eine nicht bloß ganz vorübergehende Besserung der Mark und waren, ängstlich gemacht, einen Teil ihrer Devisenbestände auf den Markt. Und die Moral von der Geschichte? Sie ist wert, daß das nationale deutsche Empfinden sich recht tief ins Bewußtsein prägt. Wenn wir im Innern völlig einig sind, wenn wir den ungeliebten Parteihader an den Nagel hängen und endlich eine Volksgemeinschaft, eine einheitliche Abwehrfront ohne Unterschied der Partei gegen die Bedrückungen durch die Entente und zur Revision des Versailles-Vertrages errichten, wenn wir einer Regierung den Weg ebnen, die sich zuverlässig auf eine solche geschlossene vaterländische Geselligkeit stützen kann, dann wird in dieser Neuinstellung im Innern eine Grundlage gegeben sein, auf der sich schon an und für sich eine gewisse Stabilisierung der Mark automatisch vollzieht und auf der dann die sonstigen zur Vollendung des Stabilisierungsprozesses nötigen Maßnahmen ruhig und zielicher aufgebaut werden können. Sobald das Ausland erkennt, daß wir ernstlich gewillt sind, eine verlässliche, von Parteierkämpfung freie Außenpolitik unter Führung der industriellen Schaffenskräfte zu betreiben, wird man uns das Vertrauen zu unserer Kreditwürdigkeit, das als moralischer Faktor für die Stabilisierung des Marktes unentbehrlich ist, nicht länger vorenthalten. Die Kurzbewegung der verflochtenen Woche bot einen Vorgeschmack dieser Entwicklung.

Nun galt es für die deutsche Parteipolitik, in einem für das Wohl der Nation entscheidenden Augenblick die Feuertaube auf politische Einsicht und Opferbereitschaft zu bestehen. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Reparationskommission sollen geradezu entsetzt gewesen sein über den Mangel an Energie, Umfaßt und Entschlossenheit, den die von Dr. Ebert geleitete frühere Reichsregierung in der schicksalsschweren Reparationsfrage an den Tag gelegt habe. Diese Scharte hätte nun durch die Parteien abgewetzt werden müssen, indem sie alles daran setzten, um dem Geheimrat Cuno seine Aufgabe in jeder Hinsicht zu erleichtern und ihm einen raschen, glatten, für das Innere und das Ausland gleichmäßig impotanten Erfolg zu ermöglichen. Es kam aber anders. Der neugebaute deutsche Parlamentarismus blieb sich auch in dieser schweren Krise, die ein rasches Verhängnis für die nationalen Notwendigkeiten von ihm forderte, treuen und bewies durch sein Festhalten an schlechten Gewohnheiten, daß ihm die Erkenntnis des wahren parlamentarischen Geistes noch immer nicht richtig aufgegangen ist, daß ihm das parlamentarische Gewand, das den fremden Demokratien auf den Leib angezogen ist, noch immer nicht recht passen will, sondern daß es ihm um die Glieder schlottet und ihn an der freien ungezwungenen Bewegung in dem noch nicht lange getragenen Kostüm hindert. Zwei hervorsteckende Mängel sind es, die dem deutschen Parlamentarismus anhaften: einmal der irrtümliche Glaube, daß auf den Ministerielle immer ausgerechnet abgehempelte Parteipolitiker sitzen müßten, und zum andern die verhängnisvolle Neigung, bei der Neubildung eines Kabinetts die Nase in jeden Quark zu stecken und sich der vom Reichspräsidenten zur Zusammenfassung der Regierung berufenen Persönlichkeit so eng an die Fersen zu heften, daß sie jeder freien Bewegung beraubt wird und sich ihre Mitarbeiter nicht nach freiem Ermessen auswählen kann, sondern sie sich von Partei wegen aufzwingen lassen muß. Das ist ein Verfahren, das mit wirklichem Parlamentarismus gar nichts zu tun hat, sondern in parteipolitische Willkür ausartet. Der Staatsmann, der sein Kabinett zusammenstellen soll, muß, wie das sonst in allen demokratisch regierten Ländern mit parlamentarischer Schulung üblich ist, in der Auswahl seiner Mitarbeiter un-